

WORLD SOCIALIST WEB SITE

Autoarbeiter Info

Der Arbeitsplatzabbau bei VW und die Rolle der IG Metall

Dietmar Henning
24. November 2016

Die gegenwärtige Entwicklung bei Volkswagen beinhaltet wichtige Lehren und sollte von allen Arbeitern genau verfolgt werden. Denn in Wolfsburg zeigt sich ein neues Stadium der Verwandlung der Gewerkschaften in arbeiterfeindliche Agenturen des Managements.

Während man die Rolle der Gewerkschaften als Co-Manager überall beobachten kann, erreicht sie bei VW eine neue Qualität. Dort arbeiten Betriebsrat und IG Metall nicht nur eng mit der Konzernleitung zusammen, um Management-Entscheidungen nach unten durchzusetzen, sondern dort wird der Arbeitsplatzabbau von IGM-Funktionären und Betriebsräten entworfen, geplant und gegenüber dem Management begründet. In den Gewerkschaftshäusern und Betriebsratsbüros werden die Strategiepläne gegen die Beschäftigten entwickelt.

Daraus ergibt sich eine wichtige Schlussfolgerung: Arbeitsplätze, Löhne und soziale Errungenschaften können nicht mit, sondern nur gegen die korrupte Bürokratie der Gewerkschaften und Betriebsräte verteidigt werden.

Eine kurze Rückschau der letzten zwei Jahre verdeutlicht die Rolle, die IG Metall und Betriebsrat beim größten Automobilhersteller der Welt mit 620.000 Beschäftigten spielen.

Auf der Pressekonferenz am letzten Freitag traten Konzernchef Matthias Müller, VW-Markenchef Herbert Diess, Personalvorstand Karlheinz Blessing, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und Betriebsratschef Bernd Osterloh gemeinsam auf und kündigten den Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen verbunden mit massi-

ven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen an. Gemeinsam erklärten sie: „Der Wandel wird radikaler als alles andere, was wir bislang erlebt haben.“ VW werde die Produktivität in den Fabriken um 25 Prozent erhöhen.

Schon vor zwei Jahren (Oktober 2014) hatte der Betriebsrat einen eigenen Sparvorschlag in Höhe von 5 Milliarden Euro vorgelegt. Insbesondere die Kernmarke VW arbeite in einem Ausmaß unrentabel, das nicht länger hingenommen werden könne, betonte Betriebsratschef Osterloh.

Als der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende Ferdinand Karl Piëch am 25. April 2015 von seinem Amt zurücktrat und sich intern der Wirbel um den Abgas-Betrug abzeichnete, übernahm Berthold Huber als ehemaliger IGM-Vorsitzender und jahrelanger stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Volkswagen AG seinen Posten.

Kurz danach, im Juli 2015, wurde dann der ehemalige BMW-Manager Herbert Diess in den VW-Vorstand geholt. Der als eiskalter Sanierer geltende Manager sollte die Kernmarke VW rentabel machen. Diess war maßgeblich von Osterloh „eingekauft“ worden, wie der Betriebsratsvorsitzende betonte. In einem *Handelsblatt*-Interview schwärmte Osterloh damals: „Er wirkt sehr sachlich und entscheidungsfreudig. Ich bin sehr davon angetan, wie er bestimmte Dinge einschätzt. Bei den Themen Komplexität, Einhalten von Prozessen und Kostenbewusstsein haben wir viele Gemeinsamkeiten festgestellt. Er sieht viele Dinge wie der Betriebsrat.“

Noch kurz zuvor hatte Osterloh im *Manager Magazin* eine „schlanke Konzernstruktur“ gefordert und sich selbst als Nachfolger des damaligen Personalchefs Horst Neumann ins Spiel gebracht, der das Unternehmen Ende 2015 verließ, um seinen Ruhestand zu genießen. Neumann war IGM-Funktionär und arbeitete bis 1994 in der Wirtschaftsabteilung beim Vorstand der IG Metall. Daneben war er Mitglied in mehreren Aufsichtsräten und wurde 2005 als Nachfolger von Peter Hartz Personalchef bei VW. Hartz hatte seinen Posten im Zuge der Sex- und Korruptions-Affäre räumen müssen. Bis 2007 war Neumann mit der SPD-Politikerin und heutigen Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles liiert. Mit den Stimmen der IGM und der SPD-Funktionäre, die im VW-Aufsichtsrat die Mehrheit haben, bewilligte der Aufsichtsrat im vergangenen Jahr Neumann eine Altersversorgung in Höhe von 23 Millionen Euro.

Als nun Betriebsratschef Osterloh zum Sprung auf den Sessel des Personalchefs ansetzte, machte im der Diesel-Abgasbetrug einen Strich durch die Rechnung. Das vom Betriebsrat vorgelegte Sparprogramm reichte nun nicht mehr aus. Die drohenden Straf- und Entschädigungszahlungen sowie die Folgen des Ein-



Betriebsratsvorsitzender Bernd Osterloh inmitten von VW-Chef Matthias Müller (links) und dem niedersächsischen SPD-Ministerpräsident Stephan Weil (rechts) anlässlich einer Pressekonferenz im Werk Wolfsburg, Oktober 2015. Kurz zuvor war der Abgas-Betrug publik geworden. (Quelle: volkswagen-media-services.com)

bruchs bei den Verkaufszahlen machten ein ganz anderes, viel rigoroseres Vorgehen gegen die Belegschaften nötig. Der Süddeutschen Zeitung sagte Osterloh vor einem Jahr: „Wenn der Absatz runtergeht, dann haben wir weniger Beschäftigung – das ist doch ein klarer Fall.“

In der IG Metall wurde entschieden, dass Osterloh nicht den mit 7 Millionen Euro dotierten Posten des VW-Personalchefs übernehmen, sondern als Betriebsratschef weitermachen soll. Er wurde gebraucht, um das Restrukturierungsprogramm samt Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen durchzusetzen und die Belegschaft unter Kontrolle zu halten.

IG Metall, Betriebsräte und SPD hätten ihre Mehrheit im Aufsichtsrat ohne weiteres nutzen können, um die Verantwortlichen des Abgas-Betrugs zur Rechenschaft zu ziehen. Doch sie taten das Gegenteil und sorgten dafür, dass alle Vorstände bis auf den damaligen VW-Chef Martin Winterkorn ihre Posten behielten.

Betriebsrat und IG Metall schrieben in einer gemeinsamen Erklärung vom 20. Oktober 2015: „IG Metall und Betriebsrat werden in den nächsten Wochen gemeinsam ein Konzept entwickeln. Wir werden in einem eigenen Positionspapier den notwendigen Wandel beschreiben und dieses zur Diskussion stellen. Dabei ist uns die Einbeziehung des Managements wichtig.“

Wohlgemerkt: Gewerkschaft und Betriebsrat beziehen das Management mit ein! Nur knapp drei Wochen später hatten sich VW-Chef Müller und Osterloh auf das weitere Vorgehen zur „Investitions- und Auslastungsplanung“ verständigt. Müller betonte, er lege großen Wert auf die Erfahrung der Betriebsräte.

Als erste verloren 1000 Leiharbeiter ihren Job. Die Produktion der VW-Nobelkarosse Phaeton in Dresden wurde eingestellt und in der Verwaltung in Deutschland sollen bis Ende nächsten Jahres 3000 bis 4000 Arbeitsplätze abgebaut werden, jede zehnte Stelle.

Als Anfang des Jahres das Manager Magazin von weit mehr als 10.000 gefährdeten Jobs berichtete, protestierte Osterloh nicht. Auf der Betriebsversammlung im Wolfsburger VW-Stammwerk am 8. März stimmte er die Belegschaften auf „dramatische soziale Folgen“ des Abgasskandals ein.

Das galt nicht für die Aufsichtsräte und Vorstände, die keine „dramatischen sozialen Folgen“ zu befürchten hatten. Trotz Milliardenverlust kassierten die neun Mitglieder des Vorstands für 2015 mehr Geld als im Jahr davor, 63,2 Millionen Euro. Der Aufsichtsrat segnete dies mit seiner „Arbeitnehmer-Mehrheit“ aus Betriebsrat, IG Metall und SPD-geführter Landesregierung ab. Noch mehr Geld, nämlich 243 Millionen Euro, bewilligte der Aufsichtsrat an Pensionszahlungen für ehemalige Vorstandsmitglieder. Wie gesagt: 23,7 Millionen Euro allein für Ex-Personalchef Neumann.

Neumanns Nachfolger wurde Anfang 2016 nicht Osterloh, sondern Karlheinz Blessing. Auch Blessing hatte seine berufliche Karriere im Vorstand der IG Metall als Büroleiter von IGM-Chef Franz Steinkühler begonnen. In der SPD war er unter dem Vorsitzenden Björn Engholm kurze Zeit Bundesgeschäftsführer. Blessing ist ein enger Vertrauter von Ex-IGM-Chef Berthold Huber, der seinen VW-Aufsichtsratsvorsitz erst im Oktober 2015, als alle wichtigen Personalentscheidungen getroffen waren, an den ehemaligen VW-Finanzvorstand Hans Dieter Pötsch abgab. Die IGM-Funktionäre Blessing und Osterloh arbeiteten in den letzten Monaten federführend den so genannten „Zukunftspakt“ aus, der letzte Woche vorgestellt wurde. Sie schlugen den Arbeitsplatzabbau, die Maßnahmen zur Verschärfung der Arbeitshetze und die offenen und versteckten Lohnsenkungen vor. Und das alles ist nur „der Anfang“, wie die VW-Spitze betont.

Der Ausschluss von „betriebsbedingten“ Kündigungen und der Erhalt aller Standorte – in Deutschland – wird als Erfolg gepriesen und soll dafür sorgen, die Wut und den Ärger der Beschäftigten zu dämpfen. In Wahrheit bedeutet Ausschluss von „betriebsbedingten“ Kündigungen und der Erhalt aller deutschen Standorte nichts anderes, als dass die Arbeiter der einzelnen Standorte genauso gegeneinander ausgespielt werden wie die Stammbeschäftigten gegen die fast 7000 Leiharbeiter.

Um die Arbeitsplätze und Einkommen zu verteidigen, ist es notwendig, mit der korrupten Bürokratie der IG Metall und der Betriebs-

räte zu brechen. So weit überhaupt gewerkschaftliche Proteste organisiert werden, handelt es sich um Betrugsmanöver mit dem Ziel, Dampf abzulassen.

Arbeiter müssen den Gewerkschafts- und Betriebsratsfunktionären mit der selben Feindschaft wie der Konzernleitung entgegentreten. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass der Grund für die Verwandlung der Gewerkschaften nicht nur die – zweifellos ausgeprägte – Korruption vieler ihrer Funktionäre ist. Die Degeneration der Gewerkschaften und ihre Verwandlung in Werkzeuge der Unternehmen und der Regierung, die gegenwärtig überall auf der Welt stattfindet, hat tiefe objektive Ursachen in den Veränderungen der Weltwirtschaft. Die Globalisierung der Produktion hat jeder nationalstaatlichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik den Boden entzogen.

Konnten die Gewerkschaften in der Vergangenheit Druck auf die Unternehmen ausüben, um zumindest zeitweise Verbesserungen für die Arbeiter zu erreichen, so ist es heute umgekehrt. Die Gewerkschaften und Betriebsräte erpressen die Arbeiter, um Sozialabbau durchzusetzen und damit Wettbewerbsvorteile für die Unternehmen zu erreichen. (Siehe dazu: *Marxismus und Gewerkschaften*)¹

Der nationalistischen, pro-kapitalistischen Orientierung der Gewerkschaften muss eine politische Perspektive entgegengesetzt werden, die gegen die kapitalistische Profitwirtschaft gerichtet, das heißt sozialistisch ist und eine internationale Strategie verfolgt. Die Verbündeten der hiesigen Belegschaften sind weder Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat oder IG Metall, sondern die Hunderttausende Arbeiter in den 119 Werken in 20 Ländern Europas und in 11 Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas.

Gegen die nationalistische Standortpolitik der Gewerkschaften müssen eigene, unabhängige Komitees aufgebaut werden, die den internationalen Zusammenschluss aller Beschäftigten, Stamm- und Leiharbeiter genauso wie der Arbeiter bei den Zulieferern anstreben.

Diese Komitees müssen die Verteidigung der Arbeitsplätze und Arbeiterrechte zum Ausgangspunkt des Kampfs für eine sozialistische Gesellschaft machen: für Arbeiterkontrolle über die Produktion, für die Vergesellschaftung der Autoindustrie, der großen Konzerne und Banken und für die Reorganisation der gesamten Wirtschaft auf Grundlage der gesellschaftlichen Bedürfnisse statt der Profitansprüche des Kapitals.

1. <http://www.wsws.org/de/articles/1998/01/unio-j10.html>

David North Die Russische Revolution und das unvollendete Zwanzigste Jahrhundert



483 Seiten, €29,90
ISBN: 978-3-88634-132-0
www.mehring-verlag.de

Die Schlachten des 20. Jahrhunderts auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft, Philosophie und Kunst sind nicht entschieden. Hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg und der russischen Revolution bedrohen Wirtschaftskrisen, soziale Ungleichheit, Krieg und Diktatur wieder die Menschheit.

Im Gegensatz zum Postmodernismus, der die Geschichtsschreibung als rein subjektives »Narrativ« auffasst, betont David North, dass die gründliche materialistische Kenntnis der Geschichte eine Voraussetzung für das Überleben der Menschheit bildet. In 15 brillanten, polemischen Essays geht er auf die wichtigsten politischen und theoretischen Kontroversen des vergangenen Jahrhunderts ein.

Volkswagen baut 30.000 Arbeitsplätze ab

Dietmar Henning

19. November 2016

Die Volkswagen AG baut in den kommenden neun Jahren 30.000 Arbeitsplätze bei der Kernmarke VW ab, davon 23.000 Stellen in Deutschland. Das teilten Betriebsrat und Konzernleitung am Freitagmorgen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wolfsburg mit.

Inzwischen hat VW bekannt gegeben, dass über 17.000 Stellen in den sechs niedersächsischen Werken (Wolfsburg, Hannover, Braunschweig, Salzgitter, Osnabrück, Emden) wegfallen. Das heißt, dass in den Werken in Kassel/Baunatal, Zwickau und Chemnitz fast 6.000 Stellen wegfallen.

Der Abbau von mehr als jeder siebten der aktuell 200.000 Stellen weltweit ist Teil des von VW und Betriebsrat ausgehandelten sogenannten „Zukunftspakts“. Die Milliarden-Belastungen durch den Betrug bei den Abgas-Werten – deren Ausmaß noch längst nicht feststeht, da immer neue Vergehen aufgedeckt werden – sowie die Investitionen in Elektromobilität und Digitalisierung werden so auf die Belegschaften abgewälzt.

Unterstützt vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh erklärte VW-Markenchef Herbert Diess: „Mit dem Zukunftspakt macht Volkswagen einen großen Schritt nach vorne.“ Der Abschluss des „Zukunftspakts“ sei die Voraussetzung für einen Investitionsplan bis 2021, den der Aufsichtsrat gestern beraten hat. Dabei geht es um die Verwendung von weltweit rund 100 Milliarden Euro.

Das operative Ergebnis bei VW soll sich laut „Zukunftspakt“ bereits 2020 um 3,7 Milliarden Euro im Jahr verbessert haben. Zusätzlich zu den Einsparungen des letzten Sparprogramms sollen drei Milliarden Euro an den deutschen und 700 Millionen Euro an den internationalen Standorten eingespart werden. Vom vorangegangenen Sparprogramm stehen angeblich noch rund 2,5 Milliarden Euro an Kostensenkungen aus.

Betriebsratschef Osterloh gab dem Job-Kahlschlag nicht nur seinen Segen, sondern bezeichnete ihn als Erfolg. „Mit dem Zukunftspakt ist ein unkontrollierter Stellenabbau vom Tisch“, sagte er und betonte, dass alle deutschen Standorte erhalten blieben. Auch betriebsbedingte Kündigungen seien für die Stammbelegschaft in den nächsten Jahren ausgeschlossen. Gehen müssen dafür nun vor allem Leiharbeiter. Allein im Werk Emden sind das 3000, die schon Ende des Jahres ihren Arbeitsplatz verlieren, wie die Ostfriesen-Zeitung berichtete.

Statt betriebsbedingten Kündigungen soll der Arbeitsplatzabbau über Frühverrentung stattfinden. Das sei zu begrüßen, lobte Osterloh. IG Metall, Betriebsrat und Konzern einigten sich darauf, die Arbeitsplätze derjenigen, die in Rente gehen, nicht nachzubersetzen. Zusätzlich sollen Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen Arbeiter aus den Werken drängen.

„Volkswagen muss schnell wieder Geld verdienen und sich für den kommenden Sturm wappnen“, sagte Diess auf der Pressekonferenz. Die Produktivität der deutschen VW-Werke soll um 25 Prozent steigen.

Der Kernmarke VW ist von den Aktionären in der Vergangenheit stets die viel zu geringe Rendite vorgeworfen worden. Von 100 umgesetzten Euro sollen nur rund 1,60 Euro als Gewinn übrig geblieben sein, wovon dann auch noch Zinsen und Steuern abgingen. Mithilfe des mit dem Betriebsrat in den letzten Monaten ausgehandelten „Zukunftspakts“ will VW die Rendite in den nächsten vier Jahren auf vier Prozent verdoppeln.

Die Verhandlungen über den massiven Arbeitsplatzabbau wurden vorwiegend zwischen VW-Personalvorstand Karlheinz Blessing und Betriebsratschef Osterloh geführt. Streckenweise war auch VW-Markenchef Herbert Diess beteiligt, um Blessing zu unterstützen. Diess

und Blessing stellten die Komponentenwerke in Braunschweig, Kassel und Salzgitter zur Disposition. Vor allem das Motorenwerk in Salzgitter sollte zerschlagen und die Produktion ausgelagert werden. Mit Blessing und Osterloh saßen auf beiden Seiten des Verhandlungstischs Vertreter der IG Metall und der SPD.

Personalvorstand Blessing hatte seine berufliche Karriere im Vorstand der IG Metall – er war Büroleiter von IGM-Chef Franz Steinkühler – und der SPD begonnen, wo er unter dem Vorsitzenden Björn Engholm kurze Zeit Bundesgeschäftsführer war.

1994 zog Blessing als Nachfolger von Peter Hartz, der zu VW wechselte, als Arbeitsdirektor in den Vorstand der Dillinger Hütte und der Saarstahl AG. 2011 übernahm er dort den Chefposten und verordnete den Beschäftigten ein rigoroses Sparprogramm. Blessing ist ein enger Vertrauter des ehemaligen IGM-Vorsitzenden Berthold Huber, der bis vor kurzem auch dem VW-Aufsichtsrat vorsah.

In den Verhandlungen mit Osterloh forderte Blessing als Konzernvertreter durchgreifende Maßnahmen und machte die Arbeiter in den Komponentenwerken für die geringe Rendite verantwortlich. Diess forderte eine klarere Orientierung auf die Produktion von Elektro-Autos. Zuletzt mischte sich auch Konzernchef Matthias Müller in die Verhandlungen ein.

Herausgekommen ist die Entscheidung, 30.000 Arbeitsplätze abzubauen. Die drei Komponentenwerke erhielten Zusagen für die Elektromotoren- und Batterieproduktion. Neue Elektroautos sollen am Stammwerk in Wolfsburg und in Zwickau gebaut werden. In Braunschweig soll weiterhin das Batteriesystem für den Modularen Querbaukasten gefertigt werden, zusätzlich übernimmt das Werk die Entwicklung und Fertigung des Batteriesystems für den so genannten Modularen Elektrifizierungsbaukasten (MEB). Kassel wird den MEB-Antrieb entwickeln und neben der E-Getriebefertigung den Zusammenbau des Gesamtsystems verantworten. Salzgitter wird die MEB-Antriebskomponentenfertigung übertragen. Zudem soll am Standort eine Pilotanlage für Batteriezellen und Zellmodule aufgebaut werden.

Dennoch werden in diesen drei Werken, in denen aktuell rund 30.000 Arbeiter beschäftigt sind, wahrscheinlich die meisten der 23.000 Stellen in Deutschland abgebaut werden. Das könnte gerade für jüngere Arbeiter noch Folgen haben. Denn wenn nicht genügend ältere Kollegen in Rente gehen, können sie gezwungen werden, in anderen Werken zu arbeiten.

Außerdem erhöht eine geringe Belegschaftsstärke die Gefahr, der nächsten Sparrunde zum Opfer zu fallen. Angesichts der angespannten internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage kann diese früher kommen, als gedacht. Schon jetzt kritisieren Medien den Pakt als zu schwach. Spiegel Online bezeichnet ihn als „halbherzigen Rettungsplan“, weil keine Werke geschlossen und die Löhne der Stammbeschäftigten nicht gekürzt würden.

Während die Belegschaft so die Kosten des Abgasbetrugs sowie der Umstellung eines großen Teils der Produktion zahlen muss, kleben die verantwortlichen Vorstände auf ihren Sesseln. Neben dem ehemaligen Vorstandschef Martin Winterkorn, der seinen Platz im Zuge des Abgasbetrugs bei Aufrechterhaltung seiner Bezüge räumte, ist kaum jemand aus der Führungsetage für die Milliarden-Verluste zur Rechenschaft gezogen worden.

Möglich machte dies die enge Zusammenarbeit zwischen Konzernvorstand, Eigentümern, IG Metall und Betriebsrat. Diese war bei VW schon immer enger als anderswo, weil neben den Gewerkschafts- und Betriebsratsvertretern auch noch die SPD-geführte Landesregierung Niedersachsens als VW-Miteigentümer im Aufsichtsrat sitzt.

Der Weg vorwärts im Kampf gegen Trump

Erklärung der Socialist Equality Party und der International Youth and Students for Social Equality

17. November 2016

Die Socialist Equality Party und die International Youth and Students for Social Equality (IYSSE) begrüßen und unterstützen die Proteste im ganzen Land gegen die Wahl von Donald Trump.

Mit diesen Demonstrationen zeigen Schüler, Studierende und andere Jugendliche, dass sie die rechte und fremdenfeindliche Politik der bevorstehenden Trump-Regierung aus tiefstem Herzen ablehnen und nicht zulassen wollen, dass die Bevölkerung nach Hautfarben gespalten wird.

In der Woche seit der Wahl hat Trump seine Entschlossenheit bekräftigt, Abtreibungen zu verbieten, Massenabschiebungen durchzuführen und in allen Fragen eine extrem rechte Politik zu betreiben. Die Ernennung von Stephen Bannon zum Chefstrategen im Weißen Haus macht deutlich, welche Gefahr der gesamten Arbeiterklasse droht. Bannon unterhält direkte Beziehungen zu weißen Nationalisten und neofaschistischen Gruppen. Mit der Wahl von Trump hat die herrschende Klasse Amerikas einen Weg eingeschlagen, der geradewegs zu autoritären Herrschaftsformen und zur gewaltsamen Niederschlagung von sozialer Opposition führt.

Die Gefühle der Demonstranten stehen in scharfem Gegensatz zur Reaktion der führenden Demokraten, die einer nach dem anderen Trump „Erfolg“ wünschen und ihm ihre Zusammenarbeit zusagen. Bei seinem Treffen mit Trump im Weißen Haus erklärte Präsident Obama, seine „oberste Priorität in den nächsten zwei Monaten“ bestehe darin, dafür zu sorgen, dass „unser künftiger Präsident erfolgreich ist“. In seiner Pressekonferenz am Montag betonte Obama, dass Amerika sich nun mit einer Trump-Präsidentschaft abfinden müsse. Er lobte das „freundschaftliche Gespräch“, das er am Tag nach Clintons Eingeständnis ihrer Niederlage mit dem designierten Präsidenten geführt hatte.

Besonders erbärmlich verhält sich Senator Bernie Sanders, der versucht, Trump als Anwalt der „Mittelklasse“ glaubwürdig erscheinen zu lassen. In einem Beitrag für die New York Times schrieb Sanders am Wochenende, dass er „Hand in Hand mit Präsident Trump arbeiten“ möchte, wenn es um Fragen gehe, „in denen er tatsächlich etwas für die Familien der Mittelklasse und der Arbeiter tut“. Solche Äußerungen schlagen der Wahrheit ins Gesicht, die für Millionen Arbeiter und Jugendliche auf der Hand liegt – weltweit und im ganzen Land, auch auf den Demonstrationen: Trump wird nichts tun, was im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt. In Wirklichkeit bereitet er einen Generalangriff auf soziale und demokratische Rechte vor.

Unter dem Eindruck der zunehmenden Proteste hat Sanders in den letzten Tagen kritischere Töne angeschlagen und den wenig überzeugenden Versuch unternommen, sich noch einmal als Gegner des Establishments zu verkaufen. Er möchte seine Rolle in den Vorwahlen der Demokraten wiederbeleben, als er gegen die „Milliardärsklasse“ wettete und sich als Sozialist ausgab, um die wachsende Opposition gegen das politische Establishment im Rahmen der Demokratischen Partei einzufangen. Mit seinem anschließenden Aufruf zur Unterstützung Clintons, der Personifizierung des korrupten Status quo, hat er der politischen Rechten ermöglicht, die in der Arbeiterklasse weit verbreitete Wut und Frustration über den sinkenden Lebensstandard und die zunehmende soziale Ungleichheit auszunutzen, um Trump den Sieg zu bescheren.

Weder Clinton noch Obama erwähnten auch nur, dass Trump bis zu zwei Millionen Wählerstimmen weniger bekommen hat als Hillary Clinton. Sie deuteten mit keiner Silbe an, dass die historisch beispiel-

lose Diskrepanz zwischen den Wählerstimmen und den Stimmen im Wahlmännerkollegium Trumps Anspruch widerlegt, für seine extrem rechte Agenda einen Wählerauftrag zu haben. Die Reaktion der Demokratischen Partei auf die Wahl unterstreicht eine grundlegende politische Tatsache: Es ist nicht möglich, mit der Demokratischen Partei oder einer ihrer Fraktionen gegen Trump zu kämpfen. Diese langjährige Partei des amerikanischen Imperialismus kann nicht verändert, reformiert oder „zurückerobert“ werden. Wer eine solche Perspektive verbreitet, blockiert objektiv betrachtet die Herausbildung einer unabhängigen politischen Bewegung der Arbeiterklasse.

Als Obama die Wahl als „internes Gerangel“ bezeichnete, offenbarte er mehr als beabsichtigt: Die Demokraten und die Republikaner bilden gemeinsam mit der Wall Street, der CIA und dem Pentagon einen Block gegen die Arbeiterklasse. Die Demokraten sind zu Tode erschrocken über die wachsende soziale Opposition, die das kapitalistische System und die herrschende Klasse bedroht. Als Diener dieser Klasse haben sie weitaus größere Bedenken davor, Proteste der Bevölkerung zu fördern und zu legitimieren, als vor den Folgen einer Trump-Regierung.

Mit ihrer feigen Haltung gegenüber Trump und der extremen Rechten setzen die Demokraten ihre Rolle im Wahlkampf fort. Clinton machte Wahlkampf mit Skandalen und einer reaktionären Kriegshetze, die sich besonders gegen Russland richtete. Sie trat an, die Politik der Obama-Regierung fortzusetzen, die acht Jahre lang Krieg geführt hat und für wachsende soziale Ungleichheit und Angriffe auf demokratische Rechte verantwortlich ist.

Im Wahlkampf verkauften sich die Demokraten durchgängig als Partei der „Identitätspolitik“. Sie kombinierten ein Programm von Krieg und Reaktion mit der Propagierung einer Politik, die auf Rassen- und Genderfragen abhebt, um die Arbeiterklasse zu spalten und die Interessen privilegierter Schichten der oberen Mittelklasse zu fördern. Potenzielle Clinton-Wähler aller Hautfarben blieben deshalb in großer Zahl zuhause.

Diese Partei hat der arbeitenden Bevölkerung nichts zu bieten, weil sie das kapitalistische System verteidigt, das weltweit in seiner Todeskrise steckt. Trump ist ein Ergebnis des Kapitalismus. Nach Jahrzehnten Krieg, Sparpolitik und sozialer Reaktion sind demokratische Regierungsformen unwiederbringlich unterhöhlt. Finanzparasitismus und politische Korruption beherrschen die Gesellschaft. Aus diesem Sumpf ist Donald Trump hervorgekrochen, eine Figur, die den Zusammenbruch der amerikanischen Demokratie in faschistischer Gestalt verkörpert.

Aus diesem Grund muss der Kampf gegen Trump als Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden. Es geht darum, die arbeitende Bevölkerung und die Jugend aller Hautfarben und Geschlechter in den Vereinigten Staaten und international auf der Grundlage eines sozialistischen Programms zu vereinen. Der Widerstand muss sich nicht nur gegen eine einzelne Person richten, sondern gegen ein ganzes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht und in dem die Wirtschafts- und Finanzaristokratie immer mehr Reichtum anhäuft.

Die Socialist Equality Party und die International Youth and Students for Social Equality stehen an der Spitze des Kampfs für den Sozialismus. Wir fordern alle Arbeiter und Jugendlichen auf, die SEP zu kontaktieren, der IYSSE beizutreten und noch heute diesen Kampf aufzunehmen. Es gibt keine Zeit zu verlieren.

Autoarbeiter info: www.autoarbeiter.info
Nemt Kontakt mit uns auf: auto@gleichheit.de

Abonniert die Autoarbeiter Info und lest die World Socialist Web Site (wsws.org/de)